

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1918)
Berlin N.O. 55, Großsiedler Straße 21/22.

Empfehlen von Seite:
Gesetzgebung, 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.,
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Großsiedlerstraße 21/22.
Gesamtherausgeber: Kurt Alexander, Dr. 1918.

Nr. 5/6.

Berlin, Sonnabend, 19. Januar 1918.

Fünzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Freiheitlich-national. — Ortsverbände, rührt Euch!
— Kommunale Sozialpolitik für die Übergangswirtschaft. — Das deutsche Kali im Weltmarkt. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Freiheitlich-national.

Von **Eufab Hartmann.**
(Fortsetzung.)

Die Deutschen Gewerksvereine haben es stets für unrichtig gehalten, ihre Mitglieder vor den Augen einer bestimmten politischen Partei zu spannen. Sie sind parteipolitisch unabhängig, nehmen aber für sich in Anspruch, im Sinne einer auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Arbeiterpolitik tätig zu sein. Sie überlassen ihren Mitgliedern die Wahl der politischen Partei, zu der sich der Einzelne bekennt, und sie üben keinen Gewissenszwang auf ihre Mitglieder aus, welcher Partei sie sich anschließen sollen. Es liegt im Wesen der Deutschen Gewerksvereine, unter ihren Mitgliedern keinen Unterschied bezüglich der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei zu machen. Jeder, der sich zu den Grundsätzen der Deutschen Gewerksvereine bekennt, ist in ihren Reihen willkommen. Aber sie müssen verlangen, daß ihre Grundsätze und ihre Forderungen von ihren Mitgliedern in den politischen Parteien und deren Vereinen in zweckdienlicher Weise vertreten werden. Die Freiheit der politischen Betätigung ist somit jedem Gewerksvereinsmitglied als Staatsbürger gewährleistet, solange sich diese Betätigung nicht gegen die Gewerksvereinsorganisation richtet. Die Gewerksvereinsorganisation ist nicht der Boden, auf dem parteipolitische Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische Kämpfe ausgetragen werden dürfen. Das muß außerhalb der Gewerksvereine in den politischen Vereinen geschehen; es würde sonst zur Beeinträchtigung und zur Schädigung der Gewerksvereinszwecke führen.

Die Freiheit persönlicher Betätigung ist den Mitgliedern der Deutschen Gewerksvereine auch auf religiösem Gebiet gewährleistet. Alle Menschen sind ohne ihren Willen in die Verhältnisse hinein geboren worden, in denen sie sich befinden und aufwachsen. Keiner hat bei seiner Geburt ein Bestimmungsrecht, in welcher Konfession er aufwachsen wolle. Schon aus diesem Grunde würde es falsch sein, wollten wir zu irgend einer Konfession Stellung nehmen oder gar die eine oder die andere bevorzugen. Religion aber ist allen Konfessionen eigen, und der ethische Grundsatz: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ soll doch für alle Menschen Geltung haben ohne Unterschied der Konfession. Man fördert nicht die Stohkraft und die Wirkung der Arbeiterorganisationen, wenn man sie in christliche und nichtchristliche Lager spaltet, umso weniger, da die Arbeiterbewegung überhaupt mit konfessionellen Dingen nichts zu tun hat. Man stärkt aber ihre Kräfte durch die Zusammenfassung aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Konfession in einer einheitlichen Organisation für die es gleich sein muß, ob ihre Angehörigen katholisch, evangelisch, jüdisch oder hinduistisch sind. Gewiß gehört hierzu Toleranz, Duldsamkeit gegen Andersdenkende, wie es auch bezüglich der parteipolitischen Betätigung der Fall ist, die aber bei richtiger Auffassung der Arbeiterkraft und durch den Hinweis auf die notwendige Einheitlichkeit der Arbeiterorganisation mit wenig Mühe zu erreichen ist. Das haben die Gewerksvereine in ihrer langjährigen Wirksamkeit ernstlich

erstrebt und nach diesem Grundsatz gehandelt. Ihr tatsächlich interkonfessioneller Charakter ermöglicht den Anhängern aller Konfessionen gemeinsam an der Sache zu arbeiten, die allen Arbeitern gleichwertig sein muß. Also auch nicht auf die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einer oder einigen bestimmten Konfessionen wird in den Gewerksvereinen Wert gelegt, sondern vielmehr auf den Umstand, daß die Mitglieder ihr ganzes Leben und ihre Handlungen auf dem Sittengesetz aufbauen und beruhen lassen, das allen Konfessionen gemeinsam ist. Die religiöse Betätigung in den Konfessionen, die Ausübung der religiösen und konfessionellen Pflichten ist ureigenste Sache jedes Einzelnen, die er außerhalb der Gewerksvereine in den kirchlichen Gemeinschaften und Einrichtungen ungehindert ausüben kann, dort wo es hingehört.

Diese religiöse Neutralität und die parteipolitische Unabhängigkeit gewährleisten jedem Angehörigen der Deutschen Gewerksvereine die Freiheit, die, mit der notwendigen Duldsamkeit umgeben, geeignet ist, den Boden für eine allgemeine Arbeiterorganisation zu bilden, die alle Arbeiter, ohne Unterschied ihres Glaubens und ihrer Parteistellung, zusammenzufassen vermag, und die damit auch die Grundlage für eine Einheitsorganisation bilden kann.

Freiheitliche Gedanken und das Streben nach Freiheit lassen sich aber nicht durchsetzen, ohne daß man sich klar wird, in welcher Art man das gesteckte Ziel erreichen kann. „Die Deutschen Gewerksvereine stehen auf nationale Boden.“ Sie erwarten die Besserung der Arbeiterlage nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erreichen sie den Austausch von Erfahrungen mit ausländischen Gewerksvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen.“ Dieser Satz, der auf dem Verbandstage im Jahre 1907 aufgestellt worden ist, hat seine Berechtigung insbesondere durch die in der Kriegszeit eingetretenen Verhältnisse in vollstem Maße darzulegen. Die internationale Verbrüderung der Arbeiterschaft hat in dem ungeheuren Ringen dieses furchtbaren Weltkrieges völlig verlagert. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich redlich bemüht, die vor dem Kriege bestehenden internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, nachdem sie durch den Krieg zerrissen worden sind. Diese Partei hat auch wohl alles versucht, um die Arbeiterführer in England, Frankreich, Italien und Amerika zu überzeugen, daß diesem Kriege so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden muß, wenn nicht alle kriegführenden Länder, und mit ihnen natürlich in erster Linie die Arbeiterschaft dieser Länder, für Jahrzehnte hinaus in ihrem Emporkommen gehindert werden sollen. Und das Ergebnis? Mit Dohn und Spott haben insbesondere englische Arbeiterführer, so Geo. R. Barnes, geantwortet. Da ist keine Spur von internationaler Verbrüderung der Arbeiterschaft zu finden; im Gegenteil, die Arbeiterführer der uns heute feindlich gesinnten Länder, zu denen Rußland wohl nicht mehr zu rechnen ist, haben alles getan, um ihre eigenen nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen und die Interessen der Arbeiterschaft der Mittelmächte zu schädigen. Der Vorsitzende des deutschen Fabrikarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter **Brey**, der im Oktober 1917 an dem internationalen Gewerkschaftskongress in Bern teilnahm, dem jedoch die Arbeiterführer von England, Frankreich, Italien und Amerika fern geblieben waren, ist hier eine beachtenswerte Äußerung entklimft. Nach den in der Tagespresse veröffentlichten Berichten über diesen Kongress soll Brey gesagt haben, daß man die von den Deutschen ausgehende Friedenshand nicht

nur zurückgeschlagen, sondern in diese Hand gepunkt habe, und daß auch die deutschen Arbeiter mit ihrer Schuld einmal zu Ende seien. Wenn diese Äußerungen wirklich so gefallen sind, dann ergibt sich hieraus, daß es mit der internationalen Verbrüderung nicht weit her ist, und daß eben auch die Arbeiter anderer Länder zunächst ihre eignen nationalen Interessen verfolgen, anstatt den Gedanken einer internationalen Verbrüderung zu fördern. Und im Grunde genommen hat eben auch jedes Volk das ganz natürliche Bestreben, seine eigenen Interessen in erster Linie zu vertreten, ehe es daran denkt, internationale Interessen zu fördern. Und da sollten die deutschen Arbeiter anders denken? Das können wir nicht annehmen, und nach den Lehren dieses Krieges werden wir in den Deutschen Gewerksvereinen erst recht unseren nationalen Charakter hervortreten lassen müssen, weil uns jetzt doppelt klar geworden ist, daß dieser Weg der rechte ist und daß die internationale Betätigung wohl zur Verberührung eines Meinungs-austausches über gemachte Erfahrungen nützlich sein kann, daß sie aber niemals in andere Instände führt, und das Vaterland vor weiteren furchtbaren Uebelständen zu schützen. Hier kommen ganz andere Faktoren in Betracht als die Arbeiterschaft allein. Das sind für uns keineswegs neue Gedanken; wir haben sie stets vertreten und sind durch die Erfahrungen der Kriegszeit hierin wesentlich bestärkt worden.

Die Arbeiterschaft bildet aber auch nicht für sich allein die Bevölkerung eines Landes; sie hängt zusammen mit allen anderen Schichten dieser Bevölkerung, die allerdings jede für sich besondere wirtschaftliche Interessen verfolgen. Auch diese anderen Schichten, die Landwirte, die Sandwerker und Geschäftsleute, die Unternehmer, die Beamten und alle anderen streben nach der Fortschritt. Da sind naturgemäß Reibungen untereinander. Da treten Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten hervor, die auch zum offenen Kampf der einen Schicht gegen die andere führen können, wie wir das so häufig zwischen Unternehmern und Arbeitern finden. Aber auch wenn jede Schicht ihre Sonderinteressen verfolgt, so müssen diese Interessen doch schließlich in dem Endziel zusammenstreffen das ganze Volk auf eine höhere Stufe der Kultur hinaufzuführen. Das sind letzten Endes nationale Interessen, die zu dem Bewußtsein führen, daß über dem Kampf von Sonderinteressen doch alle Schichten des Volkes von einander abhängig sind. Wenn die deutsche Arbeiterschaft den Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung führt, so kann sie auf Erfolg nur rechnen in gemeinsamer Arbeit mit dem deutschen Volk, durch dieses Volk und mit seinen parlamentarischen Einrichtungen. Die Betonung des nationalen Gedankens und seine öffentliche Vertretung fördert die Erreichung dieses Zieles, und die Arbeiterschaft kann auch keinen anderen Weg beschreiten, dem die Zusammenhänge unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse führen darauf zurück, daß das Emporsteigen der Arbeiterschaft abhängig ist von dem Reichtum oder der Armut des Landes selbst. Ist ein Land wohlhabend, dann wird es der Arbeiterschaft auch leichter möglich sein, zu besseren Lebensverhältnissen zu gelangen, als wenn es arm ist. Im letzteren Fall ist der Aufstieg nicht nur schwieriger, sondern fast unmöglich. Wenn wir daher den nationalen Gedanken vertreten, so geschieht das auch im Interesse der Arbeiterschaft selbst, die nicht als eine abseits vom Volksgangen stehende Schicht anzusehen sein darf, sondern die als gleichberechtigte Volksschicht im Staatsgange zu gelten berechtigt ist und als solche auch in das Staatsgange eingegliedert werden muß. Es

entspricht unserer Auffassung, daß man die eigenen Existenzmöglichkeiten beiseite legt, wenn man den nationalen Charakter der Draanisation nicht genügend würdigt. Sollte es uns in Deutschland nach dem Kriege nicht möglich sein, den freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit allen anderen Kulturvölkern in der früheren Weise und noch darüber hinaus, erfolgreich zu betätigen, würde der Ausgang dieses Krieges dazu führen, uns den Warenmarkt mit anderen Ländern und Völkern zu unterbinden, die Ein- und Ausfuhr zu schmälern, dann würde es die deutsche Arbeiterkraft in erster Linie sein, die infolge des dann eintretenden Rückgangs unseres ganzen Wirtschaftslebens auf lange Zeit hinaus in ihrer Entwicklung und Aufwärtsbewegung nicht nur gehemmt, sondern in geradezu unhaltbarer der Verelendung gleichkommende Zustände zurückgeworfen würde. Für die deutsche Arbeiterkraft ist es somit eine Lebensfrage, daß die Friedensbedingungen Garantien für die in der Zukunft mögliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands enthalten, und daß es unserer Industrie und unserem Handel nicht verweigert ist, sich in der ganzen Welt betätigen zu können. Das liegt im nationalen Interesse des ganzen Volkes, nicht nur der Arbeiter allein. Von den letzteren sind wieder andere Erwerbschichten abhängig, so daß der Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft auf nationaler Grundlage als verhängnisvoll angesehen ist.

(Schluß folgt.)

Ortsverbände, rührt Euch!

Überall in der Arbeiterbewegung macht sich ein erfreulich reges Leben bemerkbar. Nicht allein, daß der Vereinsaktivität von den Mitgliedern wieder ein stärkeres Interesse entgegengebracht wird, auch in der Mitgliederbewegung kommt diese Erscheinung deutlich zum Ausdruck. Sämtliche Arbeiterorganisationen können feststellen, daß der Mitgliederrückgang, der naturgemäß in den ersten Jahren des Krieges eintrat, nicht nur zum Stillstand gebracht worden ist, sondern daß sogar wieder eine recht beträchtliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß, wenn auch nur ein einigermaßen starker Bruchteil der im Felde stehenden organisierten Arbeiter nach Friedensschluß zu ihrem Verbands zurückkehrt, die Zahl der Organisierten eine nicht unerhebliche Zunahme erfahren haben wird. Mit neuen Hoffnungen dürfen wir deswegen ins neue Jahr hineingehen. Die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen finden größere Anerkennung auch in den Kreisen der Arbeiter selbst, was durchaus nicht nur im Interesse dieser, sondern auch der Zukunft unseres Vaterlandes liegt.

Zudem eine Einschränkung muß gemacht werden. Nicht alle Vereine und auch nicht alle Landesverbände sind an dieser Aufwärtsbewegung in gleichem Maße beteiligt. Man kann es verstehen, daß in Gewerben, aus denen infolge des Rohstoffmangels eine Abwanderung in andere Berufe stattgefunden hat, auch die Zahl der Organisierten auf ihrem alten Stand stehen geblieben oder gar zurückgegangen ist. Trotzdem darf auch hier der Versuch nicht unterbleiben, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen; denn Unorganisierte gibt es auch hier noch in Stille und Nüchternheit. Unverständlich aber ist es, wenn in manchen Gewerben selbst in denjenigen Industrien, die für den Kriegsbedarf arbeiten, eine Mitgliederzunahme nicht zu beobachten ist, oder aber diese so klein bleibt, daß sie im Vergleich zu andern Gegenden kaum in Betracht kommt. Da scheint es doch an dem nötigen Eifer seitens der organisierten Arbeiter zu fehlen. Jeder Einzelne muß jetzt darauf bedacht sein, seine Organisation zu stärken, und es darf nicht vorkommen, daß große Industrieorte ihre Pflicht vernachlässigen und damit die Gesamtheit schädigen.

Die Agitation für den Gewerbeverein beruht in der Hauptsache auf beruflicher Grundlage. Die Ortsvereine sind es, die dafür zu sorgen haben, daß die unorganisierten Kollegen sich ihnen anschließen, und jedes einzelne Mitglied muß ständig darauf bedacht sein, für seinen Ortsverein neue Mitglieder zu gewinnen. Außerdem auch die Ortsverbände können ganz Erhebliches dazu beitragen. Wo an einem Orte ein Verein nicht recht vorwärts kommen will, da ist es Aufgabe des Ortsverbandsvorsitzenden, alle Mittel anzuwenden, diesen schwachen Verein zu stützen und zu kräftigen. Die Vorstandsmitglieder müssen in die betreffenden nicht recht lebensfähigen Ortsvereine hineingehen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen und im Ortsverbande darauf hinarbeiten, daß aus den Kreisen der Verbänden und Bekannten ihnen neue Mitglieder zugeführt werden. Wo solche Ver-

ände unternommen worden sind, da haben sie bisher noch immer gute Erfolge gesiegt. Der Fehler besteht nur darin, daß man sich dieser Art der Agitation zu wenig widmet. Wir möchten deshalb den neingewählten Ortsverbandsvorsitzenden es recht dringend ans Herz legen, in der angegebenen Richtung im neuen Jahr recht tatkräftig zu wirken.

Dann eine andere Seite! Wenn auch die Mitgliederzahl im Ganzen im Steigen begriffen ist, so kann dies nicht in denselben Maße behauptet werden von der Zahl der Ortsvereine. Im Großen und Ganzen sind also die Kollegen darauf bedacht, für ihren eigenen Ortsverein zu wirken. Das ist verständlich, kann aber nicht genügen. Unsere Aufgabe muß es auch sein, neue Ortsvereine ins Leben zu rufen. Wenn an einem Orte in verchiedenen Ortsvereinen Mitglieder eines Berufs vorhanden sind, für die noch kein besonderer Ortsverein besteht, so sollte man diese Mitglieder freigeben und sie veranlassen, einen neuen Ortsverein zu gründen. Um sie wird sich dann bald eine größere Anzahl von Berufskollegen sammeln, während, wenn sie in den Ortsvereinen bleiben, in die sie berufsmäßig eigentlich nicht hineingehören, niemals an die Gründung eines neuen Ortsvereins gedacht werden kann. Dann gehört allerdings eine gewisse Enttarnung seitens der Ortsvereine, die Mitglieder abgeben sollen. Wir dürfen aber nicht immer nur an uns selbst denken, sondern müssen das große gemeinsame Ziel im Auge haben; und wenn es möglich ist, einen neuen Verein zu gründen, dann sollen wir freudig dazu unsere Hand bieten, selbst auf die Gefahr hin, daß wir auf ein oder mehrere Mitglieder verzichten müssen.

Vor kurzem hat in Berlin eine Konferenz der Hauptvorsitzenden der Deutschen Gewerkschaften stattgefunden, auf der beraten wurde, wie wir unsere Bewegung stärken und vorwärts bringen können. Von fast allen Seiten wurde dabei Situations geföhrt, daß die Ortsverbände zu einem großen Teil ihre Aufgaben nicht so erfüllen, wie es von ihnen wohl erwartet werden müßte. Leider ist anzugeben, daß diese Vorwürfe nicht ganz unberechtigt sind. An Anregungen seitens der Verbandseleitung hat es wahrlich nicht gefehlt. In zahlreichen Rundschreiben sind die Ortsverbände immer und immer wieder aufgefordert worden, kein Mittel unversucht zu lassen, neue Mitglieder zu gewinnen. Es sind ihnen auch die Wege gezeigt worden, wie sie dieses Ziel am besten erreichen können. Denselben Zweck haben die zahlreichen Ortsverbandskonferenzen gedient, die im letzten Jahre abgehalten worden sind. Sie haben fast durchgängig einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Der Wille, mehr als bisher für die Gesamtorganisation zu tun, kam überall auf ihnen mit Entschiedenheit zum Ausdruck. Greifbare Erfolge aber sind doch nur an einigen Orten erzielt worden.

Es ist nicht unsere Absicht, heute hier noch einmal alle die wichtigen Aufgaben aufzuzählen, die den Ortsverbänden in unserer Organisation übertragen sind. Das kommt es hier nur darauf an, den Eifer von neuem anzufeuern, mehr zu tun für die äußere Stärkung und Kräftigung der Organisation. Einige Fingerzeige heben wir oben bereits gegeben. Wir möchten aber nicht unterlassen, noch ein Moment mit besonderer Betonung hier hervorzuheben. Die Frau en a r b e i t hat im Kriege eine Ausdehnung erfahren, an die früher von uns nie gedacht hat. Viele von diesen Frauen werden durch die Macht der Verhältnisse gezwungen sein, dauernd der Erwerbstätigkeit nachzugeben. Der Gedanke, der früher die Arbeiterinnen beherrschte, daß die Erwerbsarbeit nur ein Uebergangsstadium ist, wird von vielen Frauen nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Wenn man ihnen dies mit aller Entschiedenheit zu Gemüte führt, dann wird auch die Gewerkschaft zur Organisation größer werden, und es muß gelingen, große Scharen von Frauen dem Gewerbeverein zuzuföhren. Wo der eigene Gewerbeverein Frauen nicht aufnimmt, da müssen diese für unsern Gewerbeverein der Frauen und Mädchen gewonnen werden; wo ein solcher Ortsverein nicht besteht, muß er gegründet werden.

Ebenso darf nicht verkannt werden, die jungen Leute, die den Ernst des Lebens jetzt so gründlich kennen lernen, für die Bestrebungen der Organisation zu interessieren. Auch hier scheint es uns an dem erforderlichen Eifer vielfach zu fehlen. Und dann wird unseres Erachtens auch viel zu wenig Gewicht darauf gelegt, daß die Kriegsentlassenen wieder für ihre Organisation zurückgewonnen, oder, falls sie einer Organisation überhaupt noch nicht angeschlossen sind, für diese gewonnen werden. Man braucht sich diese Möglichkeiten nur einmal zu überlegen und wird dann finden, daß es auch für die Ortsver-

bände ein weites Tätigkeitsgebiet für die Agitation gibt. Es muß nur mit der nötigen Gründlichkeit bearbeitet werden.

Freilich kann der Ortsverband nur etwas leisten, wenn er auf die tatkräftige Unterstützung aller seiner Mitglieder bauen kann. Auch hier liegt vieles im Argen. In manchen Orten wird die Bedeutung des Ortsverbands nicht genügend gewürdigt; ja es gibt viele Ortsverbände, die noch gar nicht einmal wissen, was der Ortsverband ist. Auch diesem Uebel kann durch den Ortsverbandsvorsitzenden selbst abgeholfen werden. Wo man dem Ortsverbande nicht die nötige Beachtung schenkt, da sollte man vorwärtstrebende Kollegen in die Ortsvereinsführungen entsenden, damit sie dort Aufklärung über das Wesen und die Bedeutung der Ortsverbände schaffen. Das Material dazu finden sie in den „Anweisungen für die Ortsverbände“, die vom geschäftsführenden Ausschuss herausgegeben worden sind und gern zur Verfügung gestellt werden. Aber auch die Hauptleitungen der einzelnen Gewerbevereine sollten es sich angelegen sein lassen, in ihren Organen öfter auf den Wert der Ortsverbände hinzuweisen und die Mitglieder zur Betätigung in diesen aufzuföhren.

Jetzt gilt es alle Kräfte anzuspannen, wenn wir in der Zukunft die Fülle der Aufgaben so lösen wollen, wie es das Interesse der Arbeiterkraft erfordert und wie es uns die Geschichte der Deutschen Gewerkschaften gebietet. Alle Mitglieder der Organisation müssen ihre Schuldbigkeit tun; jedes einzelne Mitglied, jeder Ortsverein, jeder Ortsverband und jeder Gewerbeverein. Niemand darf fehlen, aber auch nur dem Gang der Dinge schrittweise gegenüberstehen. Gerade die Ortsverbände aber, die man nicht mit Unrecht so oft als die Säulen unserer Gesamtorganisation bezeichnet hat, müssen aus ihrer Ruhe hervortreten und mehr als bisher ihr Augenmerk darauf richten, durch Anregerinnen an die einzelnen Ortsvereine die Mitgliederzahl zu fördern und durch Gründung neuer Sicher unserer Verbände deren Ausdehnung zu verstärken. Wie gesagt, das neue Jahr berechtigt uns zu den besten Hoffnungen. Sie können sich aber nur erfüllen, wenn wir nicht tatenlos dabeistehen, sondern alle fleißig die Hände röhren.

Kommunale Sozialpolitik für die Uebergangswirtschaft.

Bekanntlich sind die Forderungen der Arbeiter und Angestellten hinsichtlich der notwendigen Fürsorgemaßnahmen für die Uebergangswirtschaft durch die Hauptleitungen der maßgebenden Arbeitnehmerorganisationen der Reichsregierung übergeben worden. Bei diesen Wünschen der Arbeitnehmer kommen auch vielfach kommunale Einrichtungen in Betracht. Zudem nun eine Neuerung der Regierung zu diesen Fragen noch nicht vorliegt, haben sich auf Anregung unseres Verbandes die für Groß-Berlin in Betracht kommenden Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in mehreren Sitzungen mit den notwendigen Fürsorgemaßnahmen, wie sie seitens der Kommunen Groß-Berlins für die Uebergangswirtschaft zu treffen sind, eingehend beschäftigt. Das Ergebnis der Beratung ist eine Eingabe, die den Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen überhandt wurde. Diese Eingabe enthält nachstehende Forderungen:

1. Für die Arbeitsbeschaffung:

Die Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege ist eine der dringendsten Aufgaben nicht nur des Reiches, des Staates, sondern auch der Gemeinden. Davon ausgehend, erkennen die Gemeinden die überdringende Verpflichtung an, alles zu tun, um den aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern und Angestellten Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Alle Unannehmlichkeiten, bei denen Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden können, werden soweit vorbereitet, daß die Arbeit unverzüglich aufgenommen werden kann. Um alle Punkte sofort nach Beendigung des Krieges in Angriff nehmen zu können, werden jetzt bereits alle Pläne und Entwürfe vorbereitet und fertiggestellt, insbesondere für die rechtzeitige Beschaffung von Rohmaterialien Sorge zu tragen.

Bei unbedingten notwendig werdenden Entlassungen während der Kriegszeit eingestellter Arbeiter und Angestellten ist deren wirtschaftliche und soziale Lage zu berücksichtigen.

2. Für die Arbeitsvermittlung und den Arbeitsnachweis.

Soweit nach Einstellung ihrer früheren Arbeitskräfte in den Gemeinden noch Arbeitskräfte benötigt werden, haben die Gemeinden die zuzubehaltenen notwendigen Arbeitsnachweise und Stellenvermittlungen in Anspruch zu nehmen. Die Gemeinden haben durch Aufträge, Anschläge usw. darauf hinzuwirken, daß die Arbeitgeber usw. alle freien Stellen dem Nachweis melden, andererseits die Arbeitnehmer zwecks Beschaffung von Arbeit sich nur an den Nachweis zu wenden haben.

Für die Arbeits- und Stellennachweise Groß-Berlins wird eine Zentrale geschaffen. Dieser sind alle innerhalb kürzester Frist nicht zu belegenden Stellen seitens der einzelnen Nachweise zu melden. Die Zentrale hat die Verpflichtung, den zunächst geeigneten Nachweisen die freie Stelle zur Befekung zu überweisen. Die Nichtbefekung von Stellen, bei denen Facharbeiter oder Angestellte in Betracht kommen, ist den zuständigen Facharbeitsnachweisen mitzuteilen.

3. Für die Arbeitslosenunterstützung:

Den durch den Krieg und dessen Folgen arbeitslos gewordenen männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeitern wird eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Diese beträgt

- a) bei verheirateten männlichen Personen und solchen weiblichen Personen, die einen selbständigen Haushalt haben, pro Woche . . . 15 M
 - b) bei ledigen pro Woche . . . 10 M
- außerdem
- c) für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 3 M

Die Unterstützung ist an den Nachweis gebunden, daß der (die) Arbeitslose eine Woche arbeitslos und vor der Arbeitslosigkeit mindestens ein Vierteljahr lang in einer der Gemeinden Groß-Berlins (einen sibir) Arbeit hat. Bei den Kriegsteilnehmern kommt die Zeit vor ihrer Einberufung in Betracht. Nur die Arbeitslose Mitglieder einer Organisation, die selbst sozialgesetzlich Arbeitslosenunterstützung gewährt, so findet eine Anrechnung dieser Unterstützung nicht statt.

Einen Anspruch auf die Unterstützung hat nur, wer in einem der anerkannten Arbeits- oder Stellenkataster eingetragen und innerhalb der Unterstützungswoche mindestens einmal zur Kontrolle erschienen ist.

Die Nichtannahme von mit sibirlichem Lohn (Zarisch) ausbezahlten Stellen hat den Entzug der Unterstützung zur Folge.

Die Auszahlung der gemeindlichen Unterstützung und die Kontrolle für diejenigen Arbeitslosen, die einer Organisation angehören, die selbst Unterstützung zahlt und einen Nachweis unterhält, wird von den Gewerkschaften dieser Organisationen übertragen.

Die Verbände verpflichten sich, die Arbeitslosenunterstützungen gebührend zu bewachen und jederzeit den Gemeindevorständen in die Bücher zu gestalten.

In einem besonderen, an die Magistrats- und Gemeindevorstände in Groß-Berlin gerichteten Ausschreiben wird noch angeht, daß die bei Kriegsende eintretende Demobilisation die gewaltige Aufgabe stellt, das gesamte Wirtschaftsleben wieder in die Friedensbahnen zu leiten. Vor allen Dingen sind Maßnahmen notwendig, um die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer sowie die durch die Umstellung der Betriebe arbeitslos werdenden Arbeiter und Angestellten möglichst bald wieder in Beschäftigung zu bringen. Wo dies nicht möglich ist, gilt es Einrichtungen zu schaffen, die die drückendste Not von den Arbeitslosen und ihren Familien fernhalten. Bei Durchführung dieser Maßnahmen müssen Reich, Staat und Gemeinden in enger Abstimmung mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten.

Nur so sind die Aufgaben in zufriedenstellender Weise zu lösen. Die in der Forderung angeregten Fragen interessieren in gleichem Maße alle Groß-Berliner Gemeinden. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Gemeindevorstände Groß-Berlins eine einheitliche Reglung dieser Fragen herbeiführen. Die Organisationen, welche die Aufgabe unterzeichnet (unter ihnen auch der Verband der Deutschen Gewerkschaften), bitten daher, die in der gemeinsamen Beschlusfassung der Gemeindevorstände notwendigen Schritte baldmöglichst einzuleiten und erklären sich bereit, in schriftlicher oder mündlicher Form weitere Aufklärungen zu geben. Für die Kommunen Groß-Berlins kommt es unserer Ansicht nach hauptsächlich darauf an, einheitliche Maßnahmen zu treffen, damit sich die Vorgänge nicht wiederholen, die bei Beginn des Krieges und der damit verbundenen angewiesenen Arbeitslosigkeit zu verzeichnen waren.

Für die Ortsverbände, namentlich in Industriegegenden dürfte sich eine Beschäftigung mit diesen wichtigen Fragen gleichfalls empfehlen.

Das deutsche Kali im Welthandel.

Zeit Beginn des großen europäischen Krieges sind die Ernteerträge in allen Ländern der Erde weitestgehend geringer geworden. Zum Teil ist die Ursache dieser Ernteminderungen in der schlechten Bodenbeschaffung, im Mangel an Arbeitskräften usw. begründet, zu einem großen Teil, namentlich in den Vereinigten Staaten ist das Minderergebnis des Bodens aber eine Folge des Mangels an Kali. Wie wohl allgemein bekannt ist, besitzt Deutschland in der Kaliherzeugung ein sehr wichtiges Monopol; denn nirgends auf der Erde wird in größerem Umfang Kali gefunden. Namentlich die Ver-

einigten Staaten von Amerika brauchen für ihre hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse wie Baumwolle, Tabak, Getreide und Obst die Kalidüngung in großem Umfang. Da die deutsche Kaliausfuhr nach Nordamerika wie nach den übrigen feindlichen Ländern infolge des Krieges unterbunden worden ist, muß sich der Mangel an diesem so wichtigen Düngestoff in immer geringer werdenden Erträgen bemerkbar machen. Im Jahre 1911 war die Kaliausfuhr nach Nordamerika auf 10,7 Millionen Doppelzentner im Werte von 68 Millionen Mark geblieben, und im Jahre 1913 stellte sie sich auf 11,5 Millionen Doppelzentner mit einem Werte von 71 Millionen Mark. Im Jahre 1914 war die deutsche Ausfuhr noch 8 Millionen Doppelzentner im Werte von vielleicht 50 Millionen Mark betragen haben.

Während des Krieges tauchten in den feindlichen Ländern immer wieder Nachrichten auf, wonach man endlich so große Kalimengen gemacht worden seien, daß es mit dem Kalimonopol Deutschlands ein Ende haben müßte. Aber alle diese Nachrichten erwiesen sich recht bald als Schwindel oder als große Übertreibungen, und ebenso war es mit den manderlei Mitteln nichts, durch die man das deutsche Kali ersetzen zu können glaubte. In Nordamerika wurden Versuche gemacht, den Seetang in Kali umzuwandeln; in Frankreich wollte man das Meerwasser auf Kali verarbeiten, und so wurden noch andere Mittel vorgeschlagen, wie sich die gegen Deutschland kämpfenden Länder im Kalibezug von Deutschland unabhängig machen können. Alle diese Versuche haben zu keinem Ergebnis geführt, oder sie erwiesen sich als so kostspielig, daß damit nicht fortgesetzt werden konnte. In Asien ist das Kali überall dort, wo der Boden einer starken Kalidüngung bedarf, immer kaliumreicher geworden, und das Ausland ist auch fernerhin unbedingt auf den Vorrat unseres Kalis angewiesen, wenn der heruntergewirtschaftete Boden wieder auf eine höhere Fruchtbarkeit gebracht werden soll. Die Kalidüngung in einem noch größeren Umfang als bisher anzuwenden, ist die erste Voraussetzung zur Wiedererzeugung größerer Ernten, namentlich hinsichtlich der Baumwolle und des Weizens in den Vereinigten Staaten. Aber auch England und Frankreich werden unseres Kalis nach dem Kriege in noch größerem Umfang bedürfen als bisher.

In diesem Düngeartikel haben wir zweifellos bei den künftigen Verhandlungen mit unseren Feinden im Westen ein sehr wichtiges Druckmittel in den Händen. Wenn sich die Amerikaner darauf verpflichten, daß wir ihre Baumwolle und ihr Kupfer brauchen, so können wir einwenden, daß sie mindestens in gleichem Maße unser Kali nötig haben. Dieses Druckmittel kann Deutschland um so mehr anwenden, als sich voraussichtlich die nächsten Jahre auch außerhalb von Amerika, England und Frankreich die Nachfrage nach Kali sehr stark erhöhen dürfte. In den arktischen Teilen Nordlands und in Antarktika ist die Kalidüngung noch so gut wie unbekannt. Die Erhöhung des Bodens und das Streben nach einer höheren Fruchtbarkeit wird aber auch in diesen Ländern bald dahin drängen, Kali als Düngeartikel zu benutzen. Namentlich die Kenntnisse, die die russischen Gelehrten in Deutschland in bezug auf die Bodenbeschaffung gesammelt haben, werden in Antarktika in der kommenden Zeit zu einer besseren Bodenbeschaffung hindrängen. Die Monopolstellung Deutschlands in Kali kann uns also für die Zukunft noch von höchstem Nutzen sein - ohne deutsche Kali gibt es auch die großen Weltkriege vor dem Kriege nicht mehr.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 18. Januar 1918.

Die Fragebogen zur Statistik über Auskunftserteilung, Vertretung usw. im Verbands der Deutschen Gewerkschaften sind an die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftstellen und Auskunftsbureaus zur Versendung gelangt. Im Porto und Fracht möglichst zu sparen, sind diese Fragebogen nur an diejenigen Auskunftsstellen usw. geschickt worden, die sich an der Aufstellung der Statistik für das Jahr 1916 beteiligt haben. Inzwischen wird mancher Auskunftsstelle ihre so notwendigen Arbeiten wieder aufgenommen haben, ohne daß nach hier eine besondere Meldung erfolgte. Im Interesse einer möglichst vollständigen Statistik richten wir an alle diejenigen Stellen unserer Organisation, die sich mit der Auskunftserteilung befassen und die

Fragebogen nicht erhalten haben, die Bitte um Mitteilung ihrer Adresse durch eine Postkarte an das Verbandsbureau.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aufgestellt und als Zeitschrift unter dem Titel „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften“ den gleichnamigen Verbandsorgan des Reiches und der Bundesstaaten überreicht. Es ist eine sehr umfangreiche und gründliche Arbeit, die da geleistet worden ist. Sie erträgt sich auf alle Fragen nicht nur der eigentlichen Arbeiterpolitik, sondern überhaupt der allgemeinen Sozial- und Wirtschaftspolitik. In 18 Kapiteln sind die einzelnen Punkte eingehend behandelt und zu Forderungen formuliert. Alle die Fragen, die von den verschiedenen Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich beraten werden sind, haben Berücksichtigung gefunden. Ebenso finden wir die bereits von unserm Verbandsorgan aufgestellten sozialpolitischen Forderungen fast alle wieder. In mancher Beziehung aber geht das Programm auch über unsere Forderungen hinaus. Nebenfalls kann gesagt werden, daß die arbeitgebenden Körperlichkeiten damit eine reiche Fülle von Material und Anregungen erhalten. Wenn auch nur ein wesentlicher Teil davon in absehbarer Zeit erfüllt wird, kann die Arbeiterkraft sehr zufrieden sein.

Welche Umwälzungen im Welthandel der Kriege zur Folge haben wird, dafür liefert folgende der „Köln. Volksztg.“ entnommene Schilderung einen drastischen Beweis:

Die Umwälzung im jenseitigen Weltstoffgewerbe, hervorgerufen durch den Krieg, ist ganz bedeutend. So hat die Ausfuhrindustrie der Schweiz, welche vor dem Kriege sehr bedeutend war, kaum geachteten Aufschwung genommen. Auch die Herstellung von halbfertigen Stoffstoffen, welche sonst kaum in Betracht kamen, hat sich so ausgedehnt, daß die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse nach dem Kriege außerordentlich schwierig sein wird. Mehrere Fabriken dieses Zweiges, welche vor dem Kriege in Deutschland arbeiteten, stellen sich jetzt in der Schweiz her. Das gleiche gilt von der Fertigung von bandgedruckten seidnen Webstoffen. Weiterhin sind mehrere neue Textilfabriken entstanden, so daß der schweizerische Bedarf im Inland gedeckt wird, während erhebliche Ausfuhr dieses Artikels zu erwarten ist. Ihren Bedarf an stoffem Baumwollstoff, der ehemals von England bezogen wurde, stellt die Schweiz jetzt selber her. Von außerordentlicher Bedeutung ist es, daß die früher aus dem Ausland (Namen) bezogenen Eisen und gestellten Eisen jetzt ebenfalls in der Schweiz hergestellt werden. Mehrere Sorten beidseitig ist ausgedehnt mit der Fertigung von künstlichen Blumen, die vor dem Kriege Sachde in großen Mengen nach der Schweiz ausfuhrte. Textilien werden jetzt in dem Lande selbst Stoffstoffe, welche vor dem Kriege fast ausschließlich aus Deutschland eingeführt worden sind, erzeugt. Das Verbringen der Schweizer Verbrüder, sich von dem Ausland unabhängig zu machen, wird durch die Gründung mehrerer sehr bedeutender Webstofffabriken in Nordost und Basel gefördert. In der französischen Schweiz sind, ebenso wie in der deutschen, einzelne sehr bedeutende Webstofffabriken entstanden. Auch die Fertigung von Stoffstoffen hat ungeheuren Umfang angenommen. Für Jute, Kakaos und Leinen sind mehrere große Fabriken teils im Entstehen begriffen, teils im Betrieb. Das Fehlen von genügenden Mengen von Wolle hat einzelne Fabriken, welche sich sonst mit der Verarbeitung von Seidenstoffen beschäftigten, veranlaßt, Vollerzeugnisse zu verarbeiten, deren Verwendungsmöglichkeit sehr günstig beurteilt wird. Die früher aus Oesterreich und aus China bezogenen Haare werden jetzt ausschließlich in der Schweiz hergestellt. Das vor dem Kriege sehr bedeutende schweizerische Teppich- und Läuferstoffgewerbe hat ungeheuren Umfang angenommen.

Selbstverständlich hat das neutrale Ausland, nachdem es seiner bisherigen Bezugsquellen beraubt war, darauf bedacht sein müssen, in eigenen Lande und aus den eigenen Hilfsmitteln Erlös zu schaffen. Wie der Schweiz, so ist es sicherlich auch anderen Ländern ergangen. Ob der Erlös gleichwertig ist dem, was man bisher von uns und anderswoher bezogen hat, ist zum mindesten zweifelhaft. In der deutschen Industrie sieht man in dieser Hinsicht der Zukunft nicht allzu pessimistisch entgegen. Man glaubt vielmehr, nach Friedensschluß, wenn Rohstoffe wieder zur Verfügung stehen, den Wettbewerb bald wieder im alten Umfang aufnehmen zu können. Ob das tatsächlich möglich sein wird, hängt nicht zum wenigsten davon ab, ob man durch anfängliche Entlohnung, Entgegenkommen aus sozialpolitischem Gebiete und Anerkennung ihrer Gleichberechtigung die Arbeitsfreudigkeit der deutschen Arbeiterkraft zu erhalten versteht.

Rücknahmehinigung der Invalidenkarte wegen Umtausches bedingt keine Schadenerschaftspflicht des Unternehmers. So hat das Gewerbegericht Berlin-Schöneberg kürzlich entschieden. Der Kläger wurde am 26. September entlassen. Seine Invalidenkarte war der Allgemeinen Orts-Frankenliste Berlin-Schöneberg, die den Kartenumtausch besorgt, von der beklagten Firma zum Umtausch eingereicht. Dem Kläger wurde bei der Entlassung gesagt, daß die Karte zum Umtausch eingereicht sei und ihm nach Wiedereingangszugabe ersetzt werden würde. Er hat sich mit diesem Bescheide entfernt und sich erst am 3. Oktober wieder bei der Firma gemeldet und die Karte, die soeben eingegangen war, in Empfang genommen. Kläger behauptet, daß ihm durch Vorenthaltung der Karte ein Schaden von 36 Mf. entstanden sei.

Das Gewerbegericht hat die Klage zurückgewiesen und in der Begründung u. a. ausgeführt: Der nach der RVO. vorzulegende Kartenumtausch (§ 1420 ff.) ist an sich Sache des Arbeiters. Wenn der Arbeitgeber, wie dies in den meisten Betrieben üblich ist, die Besorgung des Umtausches übernimmt, so bestimmen sich seine Verpflichtungen hieraus lediglich nach den Bestimmungen über die Geschäftsführung ohne Auftrag. (§ 677 ff. des BGB.). Der Arbeitgeber ist daher keinesfalls gehindert, auch während sich die Karte im Umtauschverfahren bei der zuständigen Stelle befindet, von dem ihm zustehenden Recht zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses Gebrauch zu machen. Es kann ihm auch nicht die Verpflichtung auferlegt werden, erst die Karte zurückzuholen, ehe er die Auflösung des Arbeitsverhältnisses auspricht. Er ist vielmehr lediglich verpflichtet, das übernommene Geschäft unter Beobachtung der im Verkehr erforderlichen Sorsalität auszuführen, d. h. dafür zu sorgen, daß die Karte wieder im ordnungsmäßigen Geschäftsablauf an ihn und dann an den Arbeiter zurückgelangt. Es ist nun nicht erforderlich, daß die Besorgung nach dieser Richtung etwas versäumt hat. Angesichts des gegenwärtig überall, auch bei den Krankenkassen, bestehenden Personalmanagements, konnte es sehr wohl eine Woche dauern, bis der Umtausch der Karte erledigt war. Jedenfalls ist das Verhalten der Beklagten nicht für den angeblich dem Kläger entstandenen Schaden als wesentliche Ursache anzusehen. Hätte der Kläger wirklich ohne die Karte seine Stellung finden können, so wäre es seine Sache gewesen, sich nochmals erinnernd an die Beklagte zu wenden. Auch hätte er sich dann mit einer Bitte um Beschleunigung des Umtausches an die Kasse wenden können.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 588. Versammlung des Vereins für Volkswirtschaftungen findet am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr in der Urania, Lindenstr. 48-49, statt. Zum Vortrag gelangt: Auf den Spuren deutscher Auslandsarbeit mit Bildbüchern.

Gesellschaft. Am 6. Januar hielt unser Ortsverband eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, die eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen hatte. Zuerst erhaltete der Vorsitzende, Kollege Krugge, den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Aus seinen Darlegungen war zu ersehen, daß in unserm Ortsverbande reiche Arbeit geleistet worden ist und daß er sich an allen von unserer Verbandsgemeinschaft einberufenen Veranstaltungen reg beteiligt hat. Auch der Agitation hat er sein lebhaftes Interesse zugewandt. Nach diesem Mißbilligt wurden Protokoll und Resolutionsentwurf und sodann die Wahlen für den Ortsverbandsvorstand vorgenommen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Schmidt-Banne über „Deutschlands Wirtschaftsleben in und nach dem Kriege“. Redner schilderte, wie es der deutschen Industrie im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr gelungen ist, eine herrschende Stellung auf dem Weltmarkt einzunehmen. Dadurch wurde Englands Reich erwehrt, das nicht dulden konnte, daß ein anderer ihm ebenbürtig oder gar überlegen sei. In der durch das Aufstehen Deutschlands hervorgerufenen Wertschätzung Englands liegt der Hauptgrund für den fürchterlichen Weltkrieg, unter dem wir nunmehr über drei Jahre leiden. Redner schilderte dann das Wirtschaftsleben, wie es sich im Laufe der Jahre entwickelt hat, und streifte dabei auch die Schwierigkeiten der Lebensmittelpflichterzeugung, die noch ungeheuer vergrößert worden sind durch den schmällichen Vorrat und Schließung der Weltmärkte. Die Verhältnisse wären noch viel schlimmer gewesen, hätten nicht die Organisationen der Arbeiter überall rechtzeitig eingegriffen. Eine solche Tätigkeit der Organisationen werde aber nach Kriegsende noch viel notwendiger sein, da alle Angaben darauf hindeuten, daß wir nicht von schwereren wirtschaftlichen Kämpfen befreit werden. Auf der einen Seite werden die Zuversichtsvorstellungen, wenn auch nicht in der selben Schärfe, anhalten, andererseits werden die Unternehmer versuchen, die Löhne zu drücken. Schon diese Tatsachen lassen erkennen, welche wichtigen Aufgaben den Organisationen nach dem Kriege zufallen. Deshalb sei es sehr wichtig jedes organisierten Arbeiters, nicht nur fest zur Organisation zu halten, sondern auch dafür zu sorgen, daß sie geschäftlich, damit der Staat des Unternehmens nach Kriegsende auf Arbeiterseite das nötige Gegengewicht entgegengestellt werden könne. Der Redner ermahnte für seine vorstehenden Ausführungen lebhaften Beifall. Zu wünschen wäre nun, daß seine Darlegungen auf fruchtbaren Boden fallen und die Kollegen unseres Ortsverbandes alles daran setzen, um die Mitgliederzahl zu heben und damit die Kraft unserer Organisation auch hier am Orte zu mehren.

Versammlungen.

Berlin. Distriktrat der Deutschen Gewerbevereine Verhandlung des Deutschen Gewerbevereins (G.-V.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 8. Februar. — **Landesgewerbeverein Groß-Berlin** (Ordn. II G.-V.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Garten-Restaurant“, Dietrichstraße 1. Die beiden nächsten Dienstagsitzungen, Bücherverkehr bei Gersch, — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III.** — am Abend, den 19. Januar, abends 8-10 Uhr, Jakobstraße 55.

Orts- und Regionalverbände.

Leipzig (Ortsverband). Versammlung, Sonntag, den 27. Januar, nachm. 6 Uhr im Verbandshaus „Haupt-Bannhauer“. Donnerstag, den 31. Januar, nachm. 8 Uhr Beiratsprüfung im „Kulturhaus“, Haupt-Bannhauer. Zahlreiches Erscheinen wird erbeten.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Der Deutsche Kleinwohnungsbaubau. Rund 150 Bildtafeln mit Grundplänen und vielen Texttafeln herausgegeben von der Gesellschaft für Kultur e. V. in Wiesbaden. Mit begleitendem Text der Bauberatungsstelle Dr. Ing. Hermann Becker in Düsseldorf. Bei Vorabbestellung 10 Teile zu je 1 Mf. (Porto 10 Bfg.). Nach Erscheinen vollständig gebunden 13 Mf. (Porto 50 Bfg.). Heimkulturverlag, Wiesbaden.

Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft. Herausgegeben im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik von Dr. Heinrich Dernier, Geh. Regierungsrat und Professor der Staatswissenschaften an der Universität zu Berlin. Erster Teil. Mit Beiträgen von Karl Diehl, Heinrich Diegel, Gerhard Gothein, Walter Loh, Paul Nambert und Felix Comarr. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Die Kriegsorganisation der Konsumenten. Kriegsauskäuf für Konsumenteninteressen. Dipl. merc. Robert Schloffer. (Genossenschaftl. Kultur, eine Schriftenreihe herausgegeben von Dr. Carl Pöhl.) 19./20. Heft. Verlegt bei B. Saenger, Göttingen a. R.

Vollständiges Lehrbuch der verbesserten Weiswasser-Hygiene, zum Selbstunterricht. Preis 50 Bfg. Verlag von Fritz Stephan, Leipzig, Ostendstraße 17.

Die Finanzwirtschaft nach dem Kriege im Reich, im preussischen Staate, in den Kommunen und Gemeindenverbänden. Ein Beitrag zur Finanzreform und Sozialpolitik des Reiches von Dr. Carl Pöhl. Preis 3 Mf. Verlag Gustav Fischer, Berlin NW. 37, Unter den Eichen 31.

Auf der Walze. Aufzeichnungen eines Hannoveraners. Von Albert Stöcker. Preis 1 Mf.; 10 Bände zum Bestehen ins Feld 750 Bfg. Selbstverlag des Verfassers, Wandersdorf-Hamburg, Wandersdorfstr. 14b.

Anzeigen-Teil.

Jahres-Abschluß der Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine pro 1917.

Einnahme	Ausgabe	
	„	„
Am Vortrag vom Jahre 1916 . . .	8047	26
„ Beiträge . . .	10624	11
„ Zinsen . . .	5286	60
	1837	97

Ausgabe	Kassenbestand	
	„	„
Für Begräbnisgeld . . .	4865	—
„ Verwaltungskosten, Porto etc. . .	1404	96
„ Kriegsheilife . . .	125	—
„ Material und Druckkosten . . .	257	63
„ Inserate . . .	60	—
„ Miete . . .	400	—
„ Rückgezahlte Beiträge . . .	6	68
„ Gekaufte Wertpapiere . . .	9096	50
„ Depot-Gebühren . . .	62	50
„ Gutachten des Sachverständigen . . .	215	—
„ Kassenbestand . . .	28	75
	18837	82

Gesamt-Vermögen

	Reinwert		Kaufwert		Rückwert	
	„	„	„	„	„	„
3 1/2% Deutsche Reichs-Anleihe . . .	63600	—	58978	45	48101	25
3% Deutsche Reichs-Anleihe . . .	19500	—	19196	90	19196	90
3 1/2% Berliner Stadt-Anleihe . . .	24400	—	24248	85	21350	—
4% Berliner Stadt-Anleihe . . .	19500	—	19471	95	18999	25
4% Charlottenburger Stadt-Anleihe . . .	4000	—	3957	50	3886	—
4% Reiching. Hypothek-Pfandbriefe . . .	18000	—	17580	50	17088	50
1. Hypothek zu 4% . . .	7000	—	7000	—	7000	—
Kassenbestand . . .	2845	75	2845	75	2845	75
	158745	75	158224	90	18897	65

Berlin, den 1. Januar 1918.

Mitgliederzahl: 2262.

H. Klein,
Kassenführer.

Geprüft und richtig befunden.

Berlin, den 9. Januar 1918.

Der Kassührer:

Ernst Köttig.

Herrmann Gatzl.

H. Köstlich.

Kein Tod sondern Fortleben

Wiedersehen nach dem Tode ist Gewissheit. Der Tod kein Ende. — Geldlos Verstorbenen Unsere Toten leben. — Höhere Wahrheiten. Wo steht unser Lohn und was tun die?

350 Seiten starkes Buch

4.00 Mark, geb. 6.00 Mark (Porto zw. 30 Bfg.)

Erregt großes Aufsehen in allen Kreisen!

Verlag Emil Abigt, Wiesbaden, Adolfsstraße 10

Für Vereinsbibliotheken!

Über 100 Bände Romane, Erzählungen, Novellen, Kriegsgeschichten von bekannten Verfassern, darunter Auerbach, Fontana, Alexis, Gerschäfer, Geibel, Meade, Iris West, sind einzeln oder zusammen billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. des „Gewerbevereins“.

Friedrich Rasmann.

Neuendtsche Wirtschaftspolitik

3. überarbeitete Auflage.

Broschüre (Einzelpreis der „Dilse“) 0. m. 1. G. Berlin-Schöneberg 1917.

Das ansehnlich und feinst bearbeitete Buch behandelt in der 5. Auflage:

1. Das neue Wirtschaftsleben.
2. Die Materie in der Wirtschaft.
3. Der Währungsstand.
4. Die Organisation der Arbeit.
5. Der Staat im Wirtschaftsleben.

Das Buch ist in handlichen Heften zum Preis von 3 Mf. einschließlich Porto vom Verbandsverleger zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einreichung des Betrages an den Verbandsverleger Rudolf Klein Berlin NO. 55, Gieselerstraße 221/23 zu richten.